Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1.40 RM. Rabatt nach Staffel D. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 15 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 20 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4 n; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 47 — Sonntag, 24. Februar 1935 — 43. Jahrgang

Wachsende Kriegsgefahr in Abessinien

Gedenken an Horst Wessel – Widerstände gegen Schuschniggs Pläne – Schwierigkeiten Roosevelts – Die Chopinfeier in Dresden

Gescheiterte Verhandlungen

Der Bestimmungsort der italienischen Truppentransporte wird geheimgehalten

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichte

Rom, 23. Februar. (Durch United Press)

Wie jetzt endgültig feststeht, ist weder in Rom noch in Addis Abeba eine Uebereinstimmung in der Frage der Errichtung einer neutralen Zone im Grenzgebiet zwischen Abessinien und Italienisch-Somaliland erzielt worden. In zuständigen italienischen Kreisen schreibt man der abessinischen Regierung, die eine Reihe unerfüllbarer Forderungen gestellt habe, die Schuld daran zu, daß die Besprechungen gescheitert sind. Unter anderm habe Abessinien die Forderung gestellt, daß auch abessinische Beamte in die zu bildende Kommission zur Festlegung einer neutralen Grenzzone berufen werden müßten. Dies habe Italien nicht zugeben können. In Rom halte man an der Ansicht fest, daß dieser Kommission nur Mitglieder neutraler, uninteressierter Mächte angehören dürften. Die Lage ist wieder außerordentlich verschärft.

Die Truppenverschiffungen nach Afrika nehmen inzwischen ihren Fortgang. Vom Kriegsministerium werden die Bestimmungsorte der Transporte vollkommen geheimgehalten. Es wird immer wieder erklärt, daß zwei mobilisierte Divisionen sowie auch die Miliztruppen nach Ostafrika geschickt werden sollen. Es dringt aber kein Wort darüber in die Oeffentlichkeit, ob die Truppentransporte an der Küste von Eritrea oder von Somaliland an Land gesetzt werden sollen. Diese Vorsichtsmaßregel des italienischen Kriegsministeriums, die auch aus der Tatsache hervorgeht, daß den Kapitänen versiegelte Schreiben mit der Landungsorder übergeben wurden, die sie erst hinter Suez öffnen dürfen, sei deshalb ergriffen worden, um jeden „Ueberrumpelungsakt", der von irgendeiner Seite vorgenommen werden könnte, um die Landung der Truppen zu verhindern, von vornherein unmöglich zu machen.

Sir John Simons Reisepläne

Besuch in Berlin voraussichtlich Anfang März – Die Rolle Rußlands

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 23. Februar

Der in Aussicht gestellte Besuch des britischen Außenministers Sir John Simon in Berlin wird, wie man hier annimmt, wahrscheinlich in den ersten Märztagen stattfinden. Der englische Außenminister wird am 28. Februar in Paris einen Vortrag halten. Das Datum dieses Vortrags liegt schon seit längerer Zeit fest und kann daher nicht mehr geändert werden. Sir John Simon wird aber bereits am nächsten Tage nach London zurückkehren und dann soll die Berliner Reise unverzüglich folgen. Die Erläuterungen, die gestern Frhr. v. Neurath dem englischen Botschafter in Berlin zur deutschen Antwortnote gegeben hat, haben in London einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Deutschlands Bereitwilligkeit, auch die andern in dem Londoner Schlußbericht aufgeworfenen Fragen zu besprechen, wird von der gesamten Londoner Morgenpresse aufrichtig begrüßt.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" glaubt, daß Rußland bei den künftigen Berliner Besprechungen eine große Rolle spielen wird. Man hat hier in England volles Verständnis für die deutschen Einwände gegen den Ostpakt und insbesondere dafür, daß die künftigen Rüstungsbegrenzungen Deutschlands sehr stark von der russischen Rüstungshöhe abhängen. Dennoch gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß es Sir John Simons Mittlerrolle gelingen möge, „über den Berlin-Moskauer Abgrund eine Brücke zu schlagen". Sollte es ihm weiterhin gelingen, auch „gewisse deutsche Mißverständnisse über die französisch-russischen Beziehungen" aus der Welt zu schaffen, so würden, wie der „Daily Telegraph" erklärt, die weiteren Besuche in Moskau und Warschau eine allgemeine Verständigung wesentlich erleichtern.

Einen Abstecher Sir John Simons nach Warschau hält man hier für sicher. Sir John Simon wird im ganzen zwei Wochen von England wegbleiben. Ehe es zu seiner Reise nach Moskau kommt, wird der gegenwärtig stattfindende Gedankenaustausch zwischen England, Frankreich, Deutschland, Italien, Rußland und Belgien auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden.

„Times" über die Aussprache

× London, 23. Februar. (Durch Funkspruch)

Zu den geplanten englisch-deutschen Besprechungen in Berlin melden die „Times": Der deutsche Außenminister Freiherr v. Neurath hat am Freitag dem englischen Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, mitgeteilt, daß Reichskanzler Hitler dem Umfang der Besprechungen über die europäische Lage nicht von vornherein besondere Grenzen setze. Es sei jetzt wahrscheinlich, daß Anfang März der britische Besuch in Berlin stattfinde. In allererster Linie sei es notwendig, daß sich beide Parteien über die Natur der Besprechungen im klaren sind. Der erfolgreiche Ausgang der neuen Londoner Verhandlungen sei wohl in großem Maße auf die sorgfältige diplomatische Vorbereitung zurückzuführen. Der Zweck der Berliner Besprechungen, an denen nur zwei Regierungen beteiligt seien, könne natürlich nur eine Sondierung sein. Ein formelles Abkommen sei deshalb als Ergebnis des Berliner Besuchs nicht zu erwarten. Ueber die Möglichkeit eines Besuches in Moskau werde die englische Regierung wahrscheinlich vor Anfang nächster Woche noch keinen Beschluß fassen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland seien weit davon entfernt, herzlich zu sein. Sie würden wahrscheinlich schwierig bleiben. Die vorgeschlagene Kombination eines Besuches in Berlin und in Moskau werde daher wahrscheinlich an den Takt des englischen Ministers erhebliche Anforderungen stellen.

Eine englische Anleihe für Rußland?

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 23. Februar

Die Träume der Sowjets, mit den Vereinigten Staaten ins Geschäft zu kommen, haben sich bekanntlich nicht verwirklicht. Es ist im Gegenteil zu einer recht erheblichen Verstimmung zwischen Rußland und Amerika gekommen. Moskau versucht daher, jetzt seine Ziele wieder einmal in England zu erreichen. Gestern haben in London Verhandlungen zwischen englischen und sowjetrussischen Vertretern begonnen. Moskau will eine Anleihe haben und operiert dabei wie stets mit Aufträgen, die es in reichem Maße vergeben würde.

Rußland hat schon einmal vor längerer Zeit versucht, in London eine Anleihe zu erhalten. Damals scheiterten die Verhandlungen an dem Verlangen, die Zinsen und Amortisation in Gold zu zahlen. Jetzt sollen die Russen dazu bereit sein. Und der arbeiterparteiliche „Daily Herald" behauptet, die Finanzkreise der City seien bereit, die Anleihe zu unterstützen. Da sie ferner von einer Reihe einflußreicher, der Industrie nahestehenden konservativen Abgeordneten befürwortet wird, rechnet man damit, daß auch das Schatzamt seine Zustimmung geben wird.

Von Sonntag zu Sonntag

Was im Ausland geschah – Ein Querschnitt durch die Weltpolitik der Woche

Deutsch-polnische Tage

Die Städte Dresden, Warschau und Krakau haben in den letzten Tagen zusammen dem Genius Friedrich Chopins gehuldigt. Deutsche und Polen fanden sich während der Dresdner Festtage in der gemeinsamen Verehrung für einen Mann, der gleichzeitig einer der größten Musiker und einer der nationalsten Künstler war, die je gelebt haben. Der Verehrung, die man in Dresden dem Polen Chopin entgegenbrachte, antwortete auf der andern Seite das polnische Bekenntnis zur deutschen Musik. Beide Völker haben, wie es Staatssekretär Funk als Vertreter der Reichsregierung gestern abend im Festsaal des Dresdner Rathauses formulierte, durch die gegenseitige Anerkennung ihrer nationalen Kulturwerke der Welt ein Beispiel gegeben, wie man am besten den Frieden sichert und die Wohlfahrt der Völker fördert.

In den „Times" wurde am Freitag auf die Vorarbeit für den Frieden in Osteuropa hingewiesen, die von Deutschland und Polen geleistet worden sei, und zwar durch den deutsch-polnischen und den polnisch-russischen Nichtangriffspakt. Diese Verträge werden in der internationalen Diskussion über den Ostpakt jetzt geflissentlich in den Hintergrund geschoben. Man tut so, als sei der Frieden im europäischen Osten völlig ungesichert und in größter Gefahr. Die Dresdner Festtage sind ein lebendiger Kommentar zu den Darlegungen der genannten englischen Zeitung. Ohne diese Vorarbeit der letzten zwei Jahre hätten sich Deutsche und Polen nach dem trüben Jahrzehnt, das hinter beiden Völkern liegt, niemals in einer solchen gemeinsamen Feier finden können, wie sie die Stadt Dresden in den letzten Tagen veranstaltete.

Die Welt hätte in den letzten Tagen in Dresden lernen können, wie man selbst außerordentlich schwere und von vielen für unlösbar gehaltene Konflikte zwischen zwei Völkern durch rückhaltlose gegenseitige Aussprache und gegenseitiges Vertrauen überwinden kann. Dadurch wird mehr für den Frieden getan als durch mühselig konstruierte unübersichtliche Maßenpakte.

Die Entspannung im Osten

„Dank dem politischen Weitblick der Führer Polens und Deutschlands", so erklärte am Freitagabend der Berliner polnische Botschafter Lipski, „haben beide Länder einen Weg friedlicher Zusammenarbeit beschritten, der der Gesamtheit der Völker zum Segen gereichen wird." Dieser Weitblick der obersten Führer wird, darauf vertrauen wir, auch weiterhin die deutsch-polnischen Beziehungen lenken, selbst wenn untergeordnete Organe hie und da durch Mißgriffe das Friedenswerk gefährden. Ein solcher Mißgriff scheint nach den Mitteilungen der „Deutschen Rundschau" in Bromberg der Parzellierungsplan für 1935 in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen zu sein. Von 11 251 Hektar, die zwangsmäßig parzelliert werden sollen, fallen nicht weniger als 6700 Hektar auf deutschen Besitz. Die „Deutsche Rundschau" schreibt zu diesen Enteignungen: „Mit bangen Sorgen sah die deutsche Minderheit in Posen und Pommerellen der Liste der Zwangsparzellierung entgegen. Unsre Wünsche nach dieser Richtung hin waren niemals hochtrabend, aber daß wir Trauer empfinden über diesen harten Schlag, der die deutsche Minderheit in Westpolen wieder besonders trifft, kann uns niemand verargen. Auch dann nicht, wenn er der von uns freudig begrüßten deutsch-polnischen Annäherung ebenso wohlwollend wie wir gegenübersteht."

Wir hoffen, daß in der durch die Aktion Adolf Hitlers und Marschall Pilsudskis geschaffenen Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens derlei Tagesschwierigkeiten, die immer wieder auftauchen werden, überwunden werden können. In einer Atmosphäre der Spannung und des gegenseitigen Mißtrauens kann leicht jede an sich bedeutungslose politische Amtshandlung zu einer Haupt- und Staatsaktion werden, die den Frieden gefährdet. In einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens dagegen können auch schwierige Fragen gelöst werden, ohne daß die Beziehungen der beiden Völker sofort in ein kritisches Stadium treten.

Der bevorstehende englische Besuch

Das ist der Sinn der in Osteuropa durch die deutsch-polnische Aktion eingetretenen Entspannung. Deutschland hat um dieser Entspannung willen Opfer gebracht, und jeder Unvoreingenommene muß an diesen Opfern den unbedingten Willen des Führers zu einem ehrlichen Frieden der Gleichberechtigung erkennen. Diesen ehrlichen Friedensgeist werden die Sendboten Englands, wenn sie im März nach Berlin kommen, und, wie es seit gestern heißt, auch nach Warschau weiterreisen, sowohl bei uns wie auch in Polen finden. Es ist bekannt, welche Anstrengungen gemacht worden sind, diese Fahrt der Engländer nach Berlin zu hintertreiben. Nachdem aber in den letzten Monaten einmal nach dem andern zwischen Frankreich und England direkt verhandelt worden war und angesichts der Tatsache, daß noch in diesem Monat ein neuer Besuch des englischen Außenministers in Paris bevorsteht, mußte die französische Regierung wohl oder übel sich zu der Erklärung verstehen, daß sie gegen ein direktes deutsch-englisches Gespräch nichts einzuwenden habe.

Trotzdem sieht die französische Presse, angestachelt von der sowjetrussischen Diplomatie, diesen Verhandlungen mit äußerstem Mißtrauen entgegen und sucht sie von vornherein mit allerlei unmöglichen Hypotheken zu belasten. Die Welt darf sich nicht wundern, wenn angesichts der Tatsache, daß englisch-französische Besprechungen die selbstverständlichste Angelegenheit der Welt sind, während eine deutsch-englische Aussprache als ganz seltene Ausnahme erscheint, im deutschen Volke immer noch kein rechtes Vertrauen in die angebliche „völlige Gleichberechtigung" besteht, die man Deutschland zugestehen will. Vorläufig hat der unverbildete Mann aus dem Volke immer wieder den Eindruck: die andern einigen sich miteinander und Deutschland darf dann ein paar Anmerkungen zu einem vorher festgelegten Text machen. Diese Methode riecht zu sehr nach Versailles. Sie ist infolgedessen heute völlig unmöglich. Sie paßt nicht zu dem Geist, in dem der englische Premierminister und seine Sendboten die Verhandlungen führen wollen.

Der Führer hat durch seine Antwortnote auf den Londoner Schlußbericht offen und ehrlich und ohne die Kunststückchen der Diplomatie alten Stiles eine direkte Aussprache zunächst zwischen Deutschland und England vorgeschlagen. Nur durch eine solche Aussprache zwischen zwei Völkern ist es möglich, über die tausend und aber tausend alten Streitfragen hinwegzukommen, die den europäischen Kontinent seit einem Jahrtausend zerklüften und die Europas Stellung — das ist der weltpolitische Aspekt der Politik des Führers — bei einer der kommenden großen, die ganze Erde erfassenden Krisen aufs empfindlichste schwächen und gefährden müssen.

Die Welt von Washington aus gesehen

Es tut gut, sich von Zeit zu Zeit einmal klarzumachen, wie kleinlich und unvernünftig die europäischen Streitigkeiten, die von einer aus alten Routinegedankengängen nicht herauskommenden Diplomatie immer erneut zugespitzt und von Moskau zynisch ausgebeutet werden, angesichts der heranreifenden weltpolitischen Probleme sich ausnehmen. Dazu gibt die Rede Anlaß, die zu Beginn der Woche der amerikanische Staatssekretär Hull vor dem Kanadischen Klub in New York hielt. Es war die erste amerikanische außenpolitische Kundgebung großen Stils seit vielen Monaten, und ihr kommt dementsprechende Bedeutung zu.

Der amerikanische Staatssekretär teilt die Welt außerhalb der Vereinigten Staaten in vier große Gruppen ein. Die Abstufung zwischen diesen Gruppen nach ihrer politischen Bedeutung für Washington ist außerordentlich interessant und wichtig. An erster Stelle steht für Hull — die Rede wurde nicht ohne Vorbedacht gerade im Rahmen des Kanadischen Klubs gehalten — das Britische Reich, das mit den Vereinigten Staaten „durch die gemeinsame Abstammung, die gemeinsame Kultur und die gemeinsame Sprache eng verbunden" sei. An zweiter Stelle steht Lateinamerika, über das Hull allerdings merkwürdig rasch mit einigen belanglosen freundschaftlichen Worten hinwegging. (Gar nicht erwähnt wurde übri-

SLUB
Wir führen Wissen.